



GREENPEACE

Schwarzbuch EPH

Bilanz nach 100 Tagen LEAG (ein Update)

Inhalt

- 03** Vorwort
- 04** Zusammenfassung
- 04** Das Firmengeflecht
- 07** Vattenfalls rote Zahlen –
die aktuellen Finanzberichte
- 08** Freshfields' Unterlagen:
Interna zur Übernahme
- 10** Die drei Strippenzieher:
Geisler, Goetzpartners und CNC
- 10** Hand in Hand mit der Landesregierung
- 11** Klimapolitische Herausforderungen und
Folgekosten für Rekultivierung
- 15** Das Prinzip Verantwortung
- 17** Anhang
- 18** Endnoten

Vorwort

Greenpeace hatte im September 2016 die unbekanntesten Seiten der tschechischen Finanzoligarchen beleuchtet und die Politiker in Sachsen und Brandenburg vor einem allzu leichtfertigen Verkauf der Gruben und Braunkohlekraftwerke in der Lausitz gewarnt. Jetzt ist der schmutzige Braunkohledeal abgeschlossen. Doch er wirft immer mehr Fragen auf. Wir haben weitere Recherchen zu den letzten Monaten des Verkaufsprozesses angestellt und Akteneinsicht bei Landesbehörden genommen. Wir haben uns umgehört, interne Papiere zugespielt bekommen und Firmenunterlagen gesichtet. Die von der Lausitz Energie AG (LEAG) betriebene Medienoffensive und ihre positive Darstellung stehen im krassen Gegensatz zu den jüngst veröffentlichten roten Zahlen in der Konzernbilanz. Nach 100 Tagen der neuen Lausitzer Energie AG (LEAG) fällt das Fazit erschreckend aus. Doch statt sich den Herausforderungen eines sozial abgefederten Braunkohleausstiegs zu stellen, verbrüdernd sich die Landesregierungen in Brandenburg und Sachsen mit dem tschechischen Spekulanten und riskieren damit eine Milliardenpleite. Die Braunkohleverstromung hat keine Zukunft mehr. Es geht längst darum, wie wir den Kohleausstieg organisieren, wer für die langjährigen Folgeschäden aufkommt und wer am Ende zahlt.

Karsten Smid / Klima- & Energieexperte von Greenpeace

Zusammenfassung

Die neuen Eigentümer von Vattenfalls Braunkohlesparte in der Lausitz tragen nahezu unbekannte Namen: CARBURO NOSTRA a. s., GEMCOL LIMITED und PLACER CIERTA a. s. Die „Offshore-Gesellschaften“ mit beschränkter Haftung sind Bestandteil des verschachtelten Firmenimperiums der beiden tschechischen Finanzoligarchen und Selfmade-Milliardäre Daniel Křetínský und Petr Kellner. 100 Tage sind seit dem Verkauf an die Lausitz Energie AG (LEAG) nun verstrichen. Zeit für eine erste Bilanz und für ein Update des Schwarzbuchs EPH. Die LEAG gibt sich heimatnah und lokal, gesteuert wird sie aber von Finanzgebern, die das Licht der Öffentlichkeit scheuen. Während bei der LEAG Bergbau die Eigenkapitalquote deutlich sinkt, steigt der Bedarf an langfristiger Fremdfinanzierung. Das Unternehmen sieht sich genötigt davor zu warnen, dass „Eigen- oder Fremdfinanzierungsmaßnahmen zur Sicherung der Fortführung der Unternehmenstätigkeit notwendig“ sind, falls sich die Entwicklung so fortsetzt. Doch die Landesregierungen übernehmen fast wortgleich die blumigen Versprechungen der tschechischen Finanzoligarchen, wettern gegen die deutsche Klimaschutzpolitik und spekulieren auf deren Scheitern.

Mit dem Update des Schwarzbuch zeigt Greenpeace, dass

- die begleitenden Verkaufsgespräche zwischen EPH, Vattenfall und dem Brandenburger Wirtschaftsministerium deutlich früher anfangen und wesentlich intensiver geführt wurden, als bisher bekannt. Dies belegen Gesprächsprotokolle, deren Existenz zunächst vom Ministerium geleugnet wurden.
- die 1,7 Milliarden Euro Barmittel, die Vattenfall dem Käufer für die Rekultivierung mitgegeben hat, womöglich nicht mehr vorhanden sind. Unmittelbar nach der Übernahme von Vattenfall sind Gesellschafter der EPH mit Milliardenbeträgen ausbezahlt worden.
- das Wirtschaftsministerium Brandenburgs keinen Gebrauch gemacht hat von rechtlichen Möglichkeiten, um Sicherheitsleistungen für die Rekultivierung zu fordern – entgegen der Verfügung des Landesbergamts

Zwei energiepolitische Entscheidungen lassen aufhorchen.

Die Kommission zur Finanzierung des Kernenergieausstiegs (KFK) zeigte auf, dass die bisherige Praxis der Rückstellungsbildung der Energieversorger für die Finanzierung langfristiger Nachsorgemaßnahmen nicht sicher ist. Der Bundestag stimmte daraufhin einem Fonds für die Atommüll-Entsorgung zu, der vorsieht, dass der Staat die finanzielle und organisatorische Verantwortung übernimmt.

Das Bundesverfassungsgericht hat den Beschluss zum Atomausstieg als im Grundsatz verfassungsgemäß gebilligt und das „Prinzip der Sozialpflichtigkeit des Eigentums“ hervorgehoben. Danach muss niemand für das Unterlassen von Schädigungen Dritter entschädigt werden. Der Rechtsrahmen für einen Kohleausstieg ist durch diese beiden weitreichenden, energiepolitischen

Entscheidungen gestärkt worden. Ein Kohleausstiegsgesetz und eine Fonds-Lösung für einen sozialverträglichen Strukturwandel in der Lausitz könnte dem Treiben der Finanzspekulanten ein Ende setzen. Die Region könnte mit einer Zukunftsperspektive jenseits der Braunkohle wieder eine Chance bekommen.

Das Firmengeflecht

Kennen Sie CARBURO NOSTRA a. s.? Sagt Ihnen GEMCOL LIMITED oder die PLACER CIERTA a. s. etwas? Das sind die neuen Eigentümer der Braunkohle in der Lausitz. So jedenfalls die Bekanntgabe von Vattenfall¹ Anfang Oktober nach Paragraph 20 des Aktiengesetzes. Die erwähnten Firmen haben demnach jede für sich genommen mittelbar einen Anteil von über 25 Prozent an dem Braunkohlegeschäft in der Lausitz. Doch wer steckt eigentlich dahinter? Wer sind die neuen Eigentümer?

Tschechische Finanzoligarchen hinter EPH

Die genaue Gesellschafterstruktur von EPH liegt weitgehend im Dunkeln und unterliegt einer permanenten Veränderung. Strippenzieher der ominösen „Offshore-Gesellschaften“ mit beschränkter Haftung auf Zypern und der britischen Kanalinsel Jersey sind die beiden Finanzoligarchen und Selfmade-Milliardäre Daniel Křetínský und Petr Kellner.

Mitinvestor Petr Kellner ist laut Forbes der reichste Mensch in Tschechien, mit einem geschätzten Vermögen von 10,6 Milliarden US-Dollar belegt er Platz 96 in der aktuellen Forbes-Liste der reichsten Menschen der Welt.² Er gehörte 2009 zu den Mitbegründern von EPH. Nach seinem Ausstieg vor einigen Jahren beteiligte er sich jetzt über seine Investmentfirma PPF am Kauf der ostdeutschen Vattenfall-Braunkohle.

Křetínský ist ein strategischer Investor, der sich auf hoch spekulative und damit riskante Geschäfte spezialisiert hat. Sein Motto: Billig einkaufen und Gewinne maximieren. Er ist Chef und Miteigentümer der Energetický a průmyslový Holding (EPH) und Mitinhaber des Fußballklubs AC Sparta Prag.

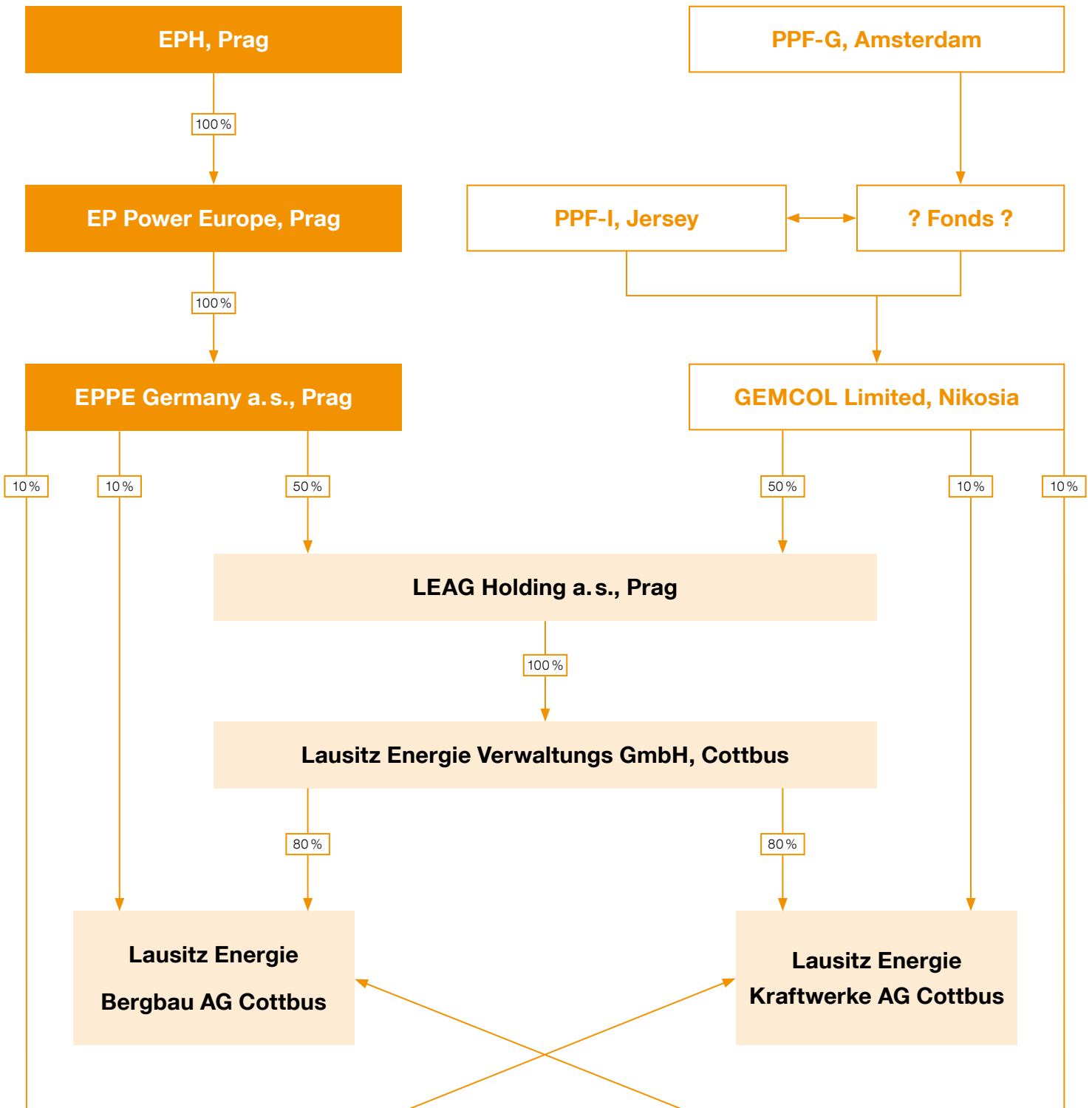
GEMCOL LIMITED wurde erst im März 2016 auf dem Offshore-Platz Zypern registriert.³ Es ist einer der unzähligen Briefkastenfirmen im Steuerparadies. Die privaten Investoren halten sich versteckt, in einem der unscheinbaren Büroräume in der 6. Etage eines Verwaltungsgebäudes in der Stadt Nikosia auf Zypern. Ebenso dubios ist die Firmengeschichte der CARBURO NOSTRA a. s.⁴ mit Sitz am Bischofsplatz in der Neustadt von Prag. Zwar existiert die Firma seit dem Jahr 2010, aber erst im April 2016 wurde sie von den heutigen Gesellschaftern übernommen. Mit gleicher Anschrift in Prag residiert die PLACER CIERTA a. s., die nach einer Namensänderung im Oktober 2016 unter EP Power Europe Germany (EPPE) firmiert.

Dahinter stecken **BRAXTON INVEST s.r.o.** und **EUROMATER SE**, die sich auf die Serienproduktion von Scheinfirmen spezialisiert haben – für das Zentrum für investigative Recherche des Journalistennetzwerks (CNI) keine Unbekannten. In ihrem Dossier über „Tschechische ‚offshore‘ Unternehmen“⁵ werden die Methoden der tschechischen Finanzoligarchen detailliert untersucht. Die CNI-

Recherchen zeigen, dass Offshore-Unternehmen ihre Aktivitäten in Prag konzentrieren. Von den mehr als 13.000 tschechischen Unternehmen befinden sich fast 8.000 in der Hauptstadt Prag. Sie sind in den Bürohochhäusern im Stadtzentrum angesiedelt, in enger Nachbarschaft firmieren allein hier nicht weniger als 3784 Unternehmen aus Steuerparadiesen. Ohne öffentliche Kontrolle, aber mit umso mehr Fantasie und kreativer Buchführung werden

die Unternehmen gemanagt. Manchmal wechseln ganze Firmenkonstrukte über Nacht ihren Besitzer. Es bleibt die beschämende Tatsache, dass die tschechische und europäische Gesetzgebung diesem Tempo hinterherhinkt. Das Dossier des CNI kommt zu dem Fazit, dass der zahnlosen Gesetzgebung ein dreistes Treiben der Finanzjongleure gegenübersteht, die mit krimineller Energie jedes Schlupfloch für sich ausnutzen.

Die Gesellschaftsstruktur der Lausitzer Braunkohle im November 2016



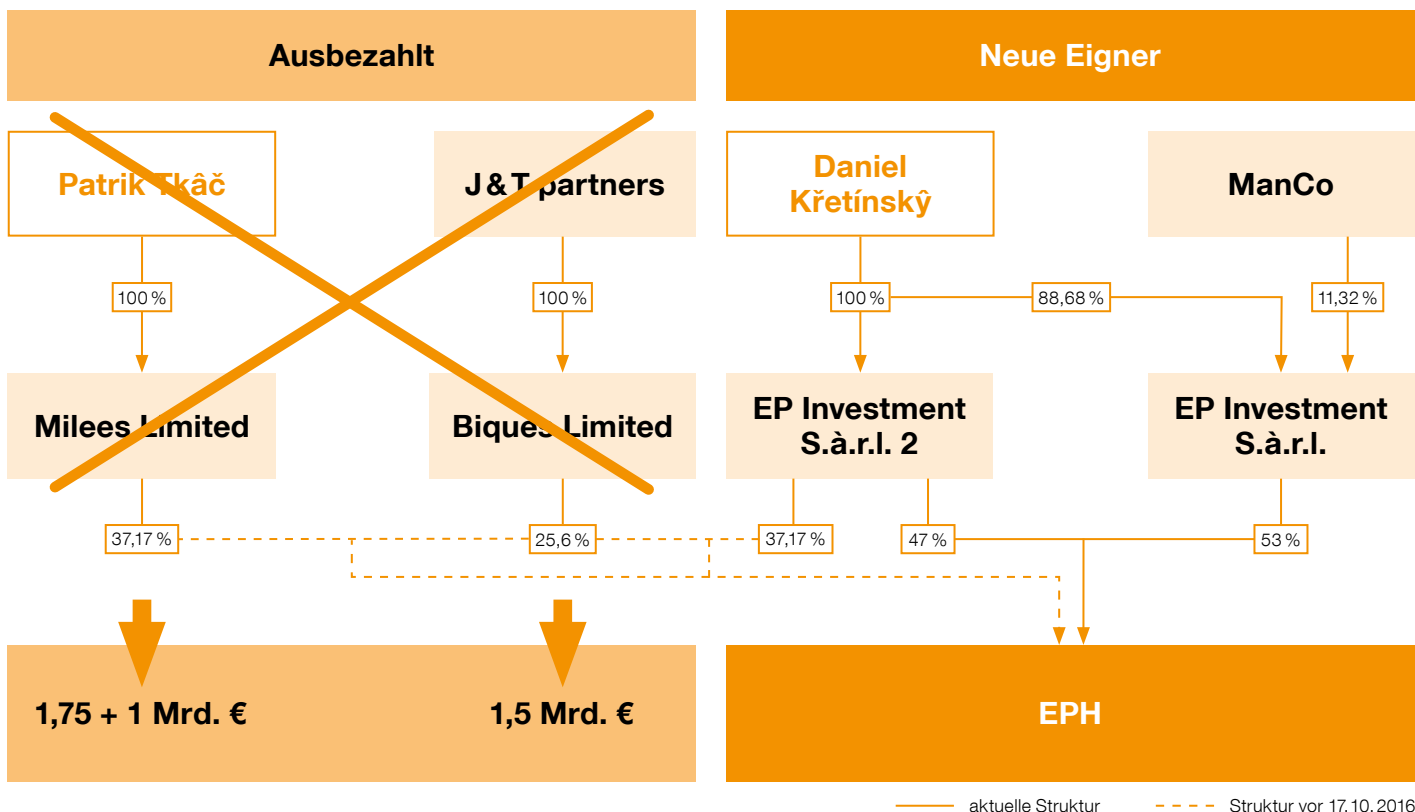
Die tschechischen Strukturen zur Fabrikation von Scheinfirmen nutzte auch EPH-Chef Křetínský. Beim Kauf von Vattenfalls Braunkohlesparte wechselte von heute auf morgen die komplette Chefetage von CARBURO NOSTRA a. s. Aus der als Immobilienunternehmen registrierten Firma wurde plötzlich ein Stromkonzern. Die tschechischen Oligarchen haben innerhalb kürzester Zeit ihre Konzernstruktur umgekrempelt. Auf deutscher Seite entstand aus Vattenfall die LEAG, mit der Lausitz Energie Bergbau AG und der Lausitz Energie Kraftwerke AG. Diese beiden Unternehmen gehören mehrheitlich dem kleinen Mutterunternehmen Lausitz Energie Verwaltungs GmbH. Die haftungsbeschränkte Kapitalgesellschaft hatte bis vor Kurzem ein Stammkapital von lediglich 25.000 Euro. Entsprechend könnte die LEAG im Fall einer Pleite nur für 25.000 Euro haftbar gemacht werden. Aufgeschreckt durch eine kleine Anfrage der Brandenburger Abgeordneten Heide Schinowsky von der Fraktion der Grünen⁶ zur Unternehmensstruktur der LEAG und Medienberichten dazu⁷ kündigte der Vorstandsvorsitzende von Lausitz Energie AG, Dr. Helmar Rendez, Ende Dezember 2016 an, dass die Lausitz Energie Verwaltungs GmbH mit Sitz in Cottbus künftig über ein erhöhtes Stammkapital von 14.025.000 Euro verfügt.⁸ Doch damit werden die Fragen zur Haftung nur verschoben. Denn die LEAG Verwaltungs GmbH gehört ihrerseits zu 100 Prozent der LEAG-Holding AS mit Sitz in Prag. Und die tschechische LEAG-Holding AG, früher CARBURO NOSTRA a. s., verfügt lediglich über ein Stammkapital von 2 Millionen tschechische Kronen (umgerechnet ca. 74.000 Euro). Daher stellen sich die Fragen zur Unternehmenshaftung nach wie vor. **Ob mit diesem Firmengeflecht überhaupt eine Übernahme von möglichen Sanierungskosten für die Folgen der Bergbautätigkeit gewährleistet ist, darf bezweifelt werden.**

EPH – Verschachtelte Strukturen und Änderung der Aktionärsstruktur

Die tschechischen Neueigentümer von Vattenfalls Braunkohlegeschäft verwalten ihre Anteile über mehrere Zweckgesellschaften in drei Ländern. Unklar bleibt, wozu dabei das Steuerparadies Zypern eingebunden wurde und welche Rolle der tschechische Milliardär Kellner wirklich spielt.⁹ Daraus folgt ein kaum zu entwirrendes, undurchschaubares Firmengeflecht. Nur wenige Tage nach dem Eintrag der LEAG ins Handelsregister änderte die EPH ihre Aktionärsstruktur grundlegend. Zunächst wurde EPH in zwei Teile gesplittet, in den Kraftwerkssektor EP Power Europe (EPPE) und in die EP Infrastructure (EPIF), die die Infrastrukturprojekte verantwortet. Nach einem aktuellen Organigramm kommt noch die EP Logistic International dazu. In der Folge erhöhte Daniel Křetínský mithilfe von zwei Investmentfonds sein Anteil an den EPH-Aktien auf 94 Prozent. Die restlichen 6 Prozent halten Teile des Managements. Die Kapitalgeber Biques Limited von J & T und Miles Limited, kontrolliert von Patrik Tkáč, wurden vollständig ausgezahlt. Biques erhielt für seinen Anteil insgesamt 1,5 Milliarden Euro in Bar. Für die Aktien von Miles Limited wurde ein Kaufpreis von 1,75 Milliarden Euro mit der Möglichkeit einer Erhöhung um bis zu einer weiteren Milliarde Euro in Abhängigkeit vom künftigen Wachstum vereinbart. In einer Pressemitteilung lobt Patrik Tkáč, Vorsitzender des Board of Directors von J & T, die Transaktion: „Für mich persönlich ... stellt diese Transaktion eine Mitnahme von Gewinnen aus einem äußerst erfolgreichen Projekt dar.“ Tatsächlich war es nicht nur für ihn ein bemerkenswert lukrativer Deal. Durch den Verkauf der Beteiligung an EPH haben zudem die Aktionäre von Miles Limited und Biques Limited, die auch Finanzgeber des Vattenfall-Kaufs waren, hohe Gewinne erzielt und sich so ihren Abgang mit

EPHs neue Gesellschafterstruktur

Änderung der Aktionärsstruktur unmittelbar nach dem Kauf von Vattenfalls Braunkohlesparte



Milliarden versilbern lassen. Doch wie will man eigentlich die ursprünglich Beteiligten zur Rechenschaft ziehen, wenn diese ihre Ansprüche zum großen Teil bereits weiterveräußert haben? Und wo sind nach der kurzfristigen Weiterveräußerung eigentlich

die 1,7 Milliarden Euro Barmittel von Vattenfall geblieben, die Rückstellungen zur späteren Sanierung der geschundenen Landschaft?

Chronologie der Übernahme

16.03.2016	Das tschechische Konsortium aus der Energetický a Průmyslový Holding (EPH) und der Investmentgruppe První Privatizační Fond (PPF) gibt ein verbindliches Kaufangebot für das Braunkohlegeschäft von Vattenfall ab.
18.04.2016	Der Aufsichtsrat der Vattenfall GmbH stimmt der Entscheidung des Konzernmanagements zu, dem schwedischen Eigentümer den Verkauf der Vattenfall-Braunkohlensparte an das tschechische Konsortium EPH/PPF zu empfehlen.
02.07.2016	Die schwedische Regierung gibt ihre Zustimmung zum Verkauf der deutschen Braunkohlesparte an EPH/PPF. Dazu gehören die Tagebaue Jämschwalde, Welzow Süd, Nochten und Reichwalde, der ehemalige Tagebau Cottbus Nord, die Kraftwerke Jämschwalde, Schwarze Pumpe und Boxberg sowie der Block R des Kraftwerks Lippendorf.
31.08.2016	Der Verkauf wurde vollzogen, steht aber unter dem Vorbehalt der kartellrechtlichen Freigabe, die von der EU-Kommission am 22. September erteilt wird.
12.10.2016	Eintragung der Lausitz Energie AG im Handelsregister. Die Lausitz Energie Verwaltungs GmbH firmiert unter der Dachmarke LEAG mit dem neuen Doppel-Vorstandschef Dr. Helmar Rendez. Unter ihrem Dach arbeiten die Lausitz Energie Bergbau AG (LEB) und die Lausitz Energie Kraftwerke AG (LEK), früher Vattenfall Europe Mining (VEM) und Vattenfall Europe Generation (VEG).
27.10.2016	Die Quartalsbilanz von Vattenfall für das dritte Quartal wurde veröffentlicht. Der Kaufpreis, den Vattenfall erzielte, lag weit unter dem ursprünglich anvisierten Wert. Vattenfall war gezwungen, hohe Abschreibungen auf das Braunkohlegeschäft mit den Kraftwerken und Tagebauen vorzunehmen. Durch Abschreibungen aus der Braunkohle ergibt sich in der Bilanz von Vattenfall im dritten Quartal 2016 unterm Strich ein Fehlbetrag von 2,2 Milliarden Euro.

Vattenfalls rote Zahlen – die aktuellen Finanzberichte

Die Braunkohlesparte von Vattenfall schreibt seit Jahren rote Zahlen.¹⁰ Die Vattenfall-Generation erzielte im Geschäftsjahr 2015 einen Verlust aus ihrer Geschäftstätigkeit in Höhe von 352,9 Millionen Euro (Vorjahresverlust: 705,9 Millionen Euro). Auch das erste Halbjahr 2016 endete mit einem Verlust von 114 Millionen Euro. Kurz- und mittelfristig ist auch keine Änderung in Sicht. Im letzten Halbjahresbericht, veröffentlicht im Dezember 2016, musste die Konzernspitze warnen: „Sofern diese Marktentwicklung deutlich hinter den derzeitigen Erwartungen der Gesellschaft zurückbleiben sollte, werden Eigen- oder Fremdfinanzierungsmaßnahmen zur Sicherung der Fortführung der Unternehmenstätigkeit notwendig.“

Rückstellungen und Abschreibungen belasten auch die Unternehmensbilanz von Vattenfall Mining, heute LEAG Bergbau. Im Vergleich zum Vorjahr sank die Eigenkapitalquote um 6 Prozent auf jetzt nur noch 31 Prozent. Dagegen stieg der Anteil der langfristigen

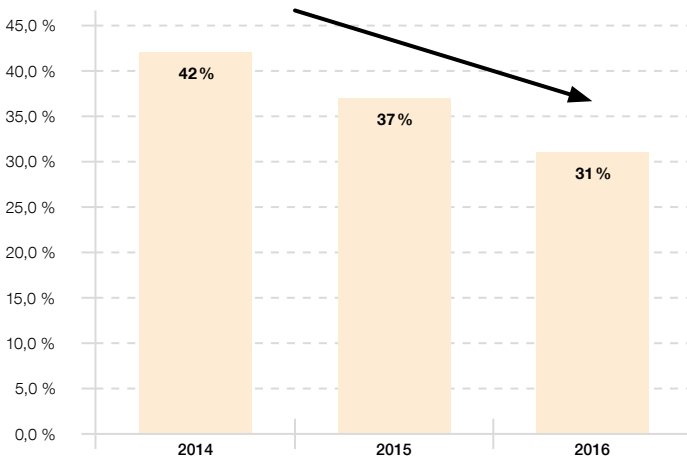
Fremdmittel von 56 Prozent auf 65 Prozent an. Auf der Passivseite stellen die bergbaubedingten Rückstellungen mit 1.482,5 Millionen Euro (2015: 1.415,7 Millionen Euro) den bedeutendsten Posten des langfristigen Fremdkapitals dar. Wirtschaftsexperten rechnen damit, dass in den kommenden Jahren mit der Braunkohleverstromung kein Geld zu verdienen ist. Und so sind auch die Prognosen in den Geschäftsberichten düster. Für die LEAG-Kraftwerke und die LEAG-Bergbau geht das Management für den Zeitraum vom 1. Juni 2016 bis 31. Mai 2017 jeweils von einem negativen Jahresergebnis im zweistelligen Millionen Euro Bereich aus – insgesamt eine besorgniserregende Entwicklung für jeden Geschäftsführer. Es müsste vor allem ein Alarmsignal für die sächsische und brandenburgische Landesregierung sein, steht doch zu befürchten, dass sie am Ende für die Rekultivierungskosten aufkommen müssen. Schon im Beitrag des ZDF-Politmagazins „Frontal 21“ vom September 2016¹¹ wird das Versäumnis der Landespolitiker in Sachsen und Brandenburg kritisiert, keine Sicherheitsleistungen verlangt zu haben. Doch erst mit den aktuellen Firmenbilanzen zeigt sich wie akut das Problem tatsächlich ist.

Geier über der Lausitz

In Zeiten der Krise stürzen regelmäßig sogenannte Geierfonds auf die verzweifelten Verkäufer, um deren Vermögenswert billig aufzukaufen. Sie geben dem Verkäufer wie Vattenfall eine letzte Gelegenheit, das Unternehmen kurz vor dem Zusammenbruch zu verlassen. Der Name spielt auf Geier an, die geduldig kreisen, um schließlich von den Überresten eines geschwächten Opfers zu profitieren und

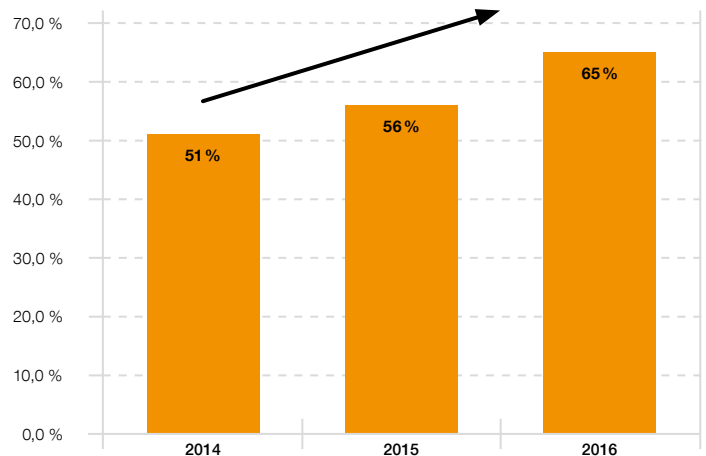
es bis zum Letzten auszuweichen. Geierfonds sind oft die letzte Hoffnung. Sie kaufen, wenn kein anderer kaufen will. Sie sind spezialisiert auf problembeladene Unternehmenssparten, die mit großen Abschlägen vom Nominalwert aufgekauft werden. Der Fond investiert nicht, um mit dem operativen Geschäft des gekauften Unternehmens Geld zu verdienen, sondern zielt darauf ab, aus politischen Handlungszwängen Kapital zu schlagen. Die Investoren schlachten die Unternehmen zum Zwecke kurzfristiger Gewinnmaximierung aus. Die langfristigen umweltbedingten Folgekosten interessieren sie dagegen nicht.

Eigenkapitalquote (VEM)



Das Management von Vattenfall sah nicht nur die drohenden Verluste, sondern musste sich zunehmend auch mit den dreckigen Hinterlassenschaften der Braunkohlegewinnung herumschlagen. Dazu kam die schwedische Eignerverfügung, die konzerneigenen CO₂-Emissionen drastisch zu reduzieren, die wie ein Damoklesschwert über dem Braunkohlegeschäft hingen. Die Hoffnung auf eine CO₂-arme Braunkohleverstromung auf Basis von CCS war längst verfliegen. Da wirkte der Verkauf wie ein Befreiungsschlag. Für die Schweden galt seit längerer Zeit das Motto: lieber ein Ende mit Schrecken, als ein Schrecken ohne Ende.

Langfristige Fremdmittel (VEM)



Freshfields' Unterlagen: Interna zur Übernahme

Freshfields Bruckhaus Deringer LLP (kurz Freshfields) ist eine international tätige Wirtschaftskanzlei mit Sitz in London. Die Kanzlei berät und vertritt nationale und internationale Unternehmen, Finanzinstitutionen und Regierungen. Die Kanzlei beschäftigt über 2000 Rechtsanwälte an 27 Standorten in 16 Ländern Europas, Asiens, Nordamerikas und des Nahen Ostens. Sie zählt am Unternehmenssitz London zu den fünf Magic Circle-Kanzleien mit den höchsten Umsätzen. In Deutschland unterhält Freshfields sechs Büros in Berlin, Düsseldorf, Frankfurt am Main, Hamburg, Köln und München, die im Jahr 2012 einen Umsatz von 334 Millionen Euro erwirtschafteten.

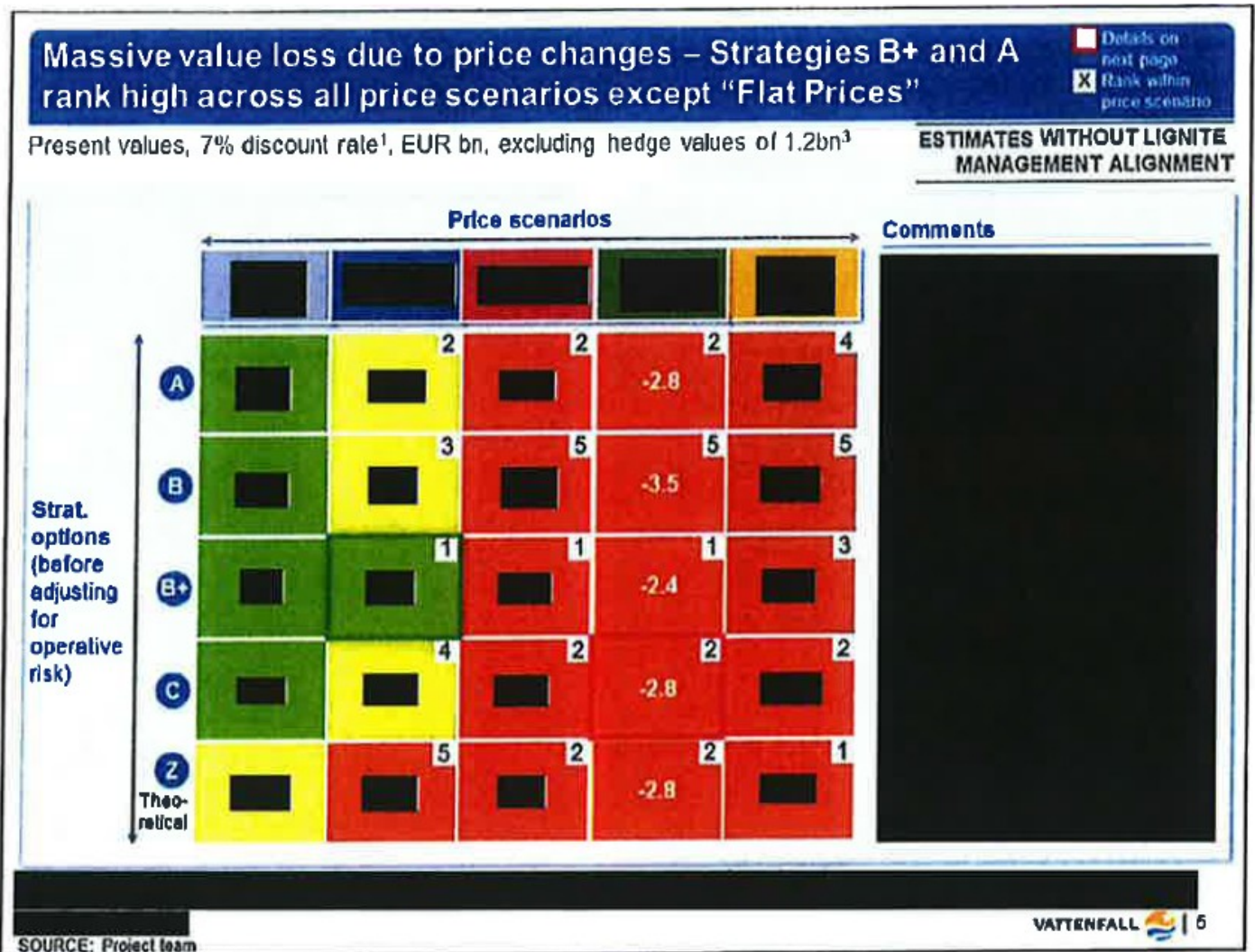
Die Großkanzlei Freshfields Bruckhaus Deringer ist tief in einen der größten Steuerskandale Deutschlands verstrickt. Mit dubiosen Dividendendeals haben Banken und Finanzkonzerne mehr als 10 Milliarden Euro Steuern hinterzogen. Durch komplizierte

Aktientransaktionen rund um den Dividendenstichtag, sogenannte Cum-Ex Geschäfte, wurden die Steuerbehörden ausgetrickst.¹² Die Kanzlei beurteilt den Braunkohle-Deal als „die größte und komplexeste Transaktion in der europäischen Energiewirtschaft“ im vergangenen Jahr.¹³

Freshfields: Codename ODIN

Der Verkauf von Vattenfalls Braunkohlesparte wurde unter strengster Geheimhaltung von der Kanzlei Freshfields unter dem Codenamen ODIN vorbereitet und durchgeführt. Odin ist bekanntlich eine der komplexesten Sagengestalten in der nordischen Mythologie. Einige der Vorstellungen von dieser Gestalt haben sich bis in die Neuzeit erhalten. So nehmen zur Zeit der Herbststürme Erntesprüche und damit verbundene Segenswünsche auf die Gestalt Odins Bezug. Auch „besessen“ und „verschlagen“ sind charakteristische Beschreibungen von Odins Wesen. *Diese inspirierte, seelische Erregung bezieht sich auch auf die Magie und deren Möglichkeiten, im Krieg den Gegner mit Gaukeleien zu täuschen.*¹⁴

Wurde der Codename aus diesem Kalkül heraus gewählt? Inzwischen wurden Greenpeace Dokumente zugespielt, die ernste Fragen aufwerfen, ob alles mit rechten Dingen zugegangen ist. In einem geheimen Papier vom 18. März 2016, vorbereitet für eine Vattenfall-Vorstandssitzung, wurden vom Projektteam fünf Szenarien mit unterschiedlichen Zielen und Ausstiegsstrategien für die Braunkohletagebaue und Kraftwerke analysiert. Jede dieser Strategien wurde getestet unter der Annahme von fünf zukünfti-



gen Preisentwicklungen. Die Ergebnistabelle ist für die überwiegenden Preisszenarien durchgehend tiefrot. Alle strategischen Optionen endeten mit massiven Verlusten. „Wir sehen erhebliche Risiken bei der Entwicklung der Großhandelspreise für Strom, und wir müssen politische Risiken beachten“, erklärt Vattenfall-Vorstandschef Magnus Hall auf Basis der internen Analysen.¹⁵ Doch warum kommt EPH zu anderen Ergebnissen? Was bewerten die tschechischen Finanzoligarchen anders? Was nährt ihre Hoffnung, trotz der bedenklichen Prognosen in Zukunft mit der Braunkohle noch Geld zu verdienen?

In einem Schreiben der Anwaltskanzlei Freshfields zur Rechtfertigung des Vattenfall-Deals heißt es, „Vattenfall hat am 22. September 2015 öffentlich seine Absicht bekannt gegeben, deutsche Braunkohlesparte und (optional) ostdeutsche Wassersparte über ein internationales, offenes, transparentes und nicht diskriminierendes Ausschreibungsverfahren zu veräußern.“ Der Vorwurf, es hätte sich um ein „Scheinbieterverfahren“ mit einem Bewerber gehandelt, der zu keinem Zeitpunkt wirklich wettbewerbsfähig war, wird vehement zurückgewiesen. Mitbewerber kritisierten, dass Vattenfall bereits im Jahr 2014 Kontakt zu einigen Bietern aufgenommen haben soll. Zu diesem Vorwurf schrieb die Kanzlei Freshfields: Dass „Vattenfall bereits die Verhandlungen mit einigen

Bietern vor dieser Ankündigung begann, ist einfach falsch.“¹⁶ Die Klägerin stütze sich mit ihren Anschuldigungen ausschließlich auf Spekulationen und eine Fehlinterpretation bestimmter Presseartikel. Doch in den Verkaufsprozess waren nicht nur der Verkäufer Vattenfall und die potenziellen Käufer involviert. Insbesondere die Landesregierung Brandenburg mischte dabei im Hintergrund mit und führte Dutzende Gespräche mit Käufern, Verkäufern und Beratungsunternehmen. Diese Termine lagen weit vor der öffentlichen Bekanntmachung von Vattenfall, seine Braunkohlesparte in der Lausitz zu veräußern. So bestehen an der Darstellung von Vattenfalls Anwaltskanzlei Freshfields erhebliche Zweifel, zumindest ist sie unvollständig.

Bereits Ende 2014 fanden Gespräche des Ministeriums für Wirtschaft und Energie des Landes Brandenburg (MWE) nicht nur mit der tschechischen EPH/EPE und der für sie tätigen Kommunikationsagentur CNC Communication & Network Consulting AG als möglichem Kaufinteressent statt. Auch Goetzpartners Management Consultants GmbH, langjährige Berater der MIBRAG/EPH, hatten sich bereits zum Jahresende 2014 über Positionen zur Zukunft der Braunkohle im Zusammenhang mit einem möglichen Verkauf der Vattenfall-Braunkohlesparte mit dem Brandenburger Ministerium ausgetauscht.¹⁷

Die drei Strippenzieher: Geisler, Goetzpartners und CNC

Schon kurz nach den ersten Gerüchten vom geplanten Verkauf der Vattenfall-Braunkohlesparte traf sich im November 2014 Dr. Joachim Geisler mit Wirtschaftsminister Albrecht Gerber im Brandenburger Wirtschaftsministerium. Der längjährige MIBRAG-Chef Geisler, der auch einen Posten als Direktor für Mining & Power bei der EP Energy a. s. (ein Unternehmen der EP Holding) innehat, gilt als der Strippenzieher und Braunkohlelobbyist, der das Geschäft einfädelt. Geisler ist inzwischen aufgrund der Ermittlungen wegen Steuerhinterziehung gegen ihn als Geschäftsführer der MIBRAG zurückgetreten und hat auch den Posten als Managing Director bei der deutschen JTSD Braunkohle GmbH, der Muttergesellschaft der MIBRAG, geräumt. Bei dem Treffen dabei waren zwei Mitarbeiter von der Medienagentur Communication und Network Consulting (CNC). CNC gilt in der Branche als eine auf Krisenintervention spezialisierte PR-Agentur. Ungewöhnlich ist, dass man sich bereits in dieser Phase über Kommunikationsstrategien im Zusammenhang mit der Übernahme austauschte. Das Gespräch war auf oberster Ebene im Ministerium angesiedelt. Denn auch die CNC ist für EPH tätig. Wenige Wochen nach der Unterredung mit Geisler, genau einen Tag vor Weihnachten, am 23. Dezember 2014, fand ein weiteres Treffen im Ministerium statt. Diesmal mit dem strategischen Berater Goetzpartners. Geisler ist mit dem Chef Stephan Goetz seit Jahren eng vernetzt. Die Verbindungen reichen zurück bis ins Jahr 2002. Damals nahmen sie gemeinsam an den Baden-Badener Unternehmengesprächen teil. Seitdem sind sie Weggenossen. Die ostdeutsche MIBRAG, die ebenfalls im Besitz der tschechischen Muttergesellschaft EPH ist, zählt laut Manager-Magazin zu den wichtigsten Kunden von Goetzpartners.¹⁸ Nachdem die Veröffentlichung des „Greenpeace Schwarzbuch EPH“ hohe Wellen geschlagen hatte, reagierte Max Hohenberg von der CNC-Medienagentur sofort. Der MDR-Sachsen veröffentlichte die Stellungnahme der PR-Leute¹⁹, die die tschechischen Investoren um EPH und PPF in der Öffentlichkeit vertreten sollen. Fakt ist: Vattenfall hat die gesamte Verantwortung für die Rekultivierung an die EPH und ihre deutsche Tochter LEAG übergeben. Dafür hat die EPH von Vattenfall 1,7 Milliarden Euro Mitgift erhalten. Denn es gilt das Verursacherprinzip. In der besagten Stellungnahme rudert EPH jedoch zurück und verspricht lediglich, dass es „eine entsprechende Beteiligung an Rekultivierungskosten geben wird“. Schon bei der MIBRAG verfolgte die EPH die Strategie, lieber Umweltkosmetik mit „freiwilligen Kompensationszahlungen“ zu leisten, statt ehrlich zum Verursacherprinzip zu stehen.²⁰



Hand in Hand mit der Landesregierung

Der tschechische Journalist Petr Lukáč von der Wirtschaftszeitung „Hospodářské noviny“ erklärt sich das so: „Tschechische Geschäftsleute sind der festen Überzeugung, Deutschland betreibt eine recht dumme Energiepolitik, weil sie ihre heimischen Energiequellen liquidieren.“ Auch der EPH-Sprecher Daniel Částvaj ist der Meinung, dass die Energiewende noch länger auf sich warten lässt als ursprünglich angenommen: „Braunkohle ist billig und sicher. Sie kann also noch für einige Zeit eine sehr positive Rolle spielen.“ Er fügt hinzu: „Natürlich respektieren wir die politische Entscheidung der Bundesregierung.“²¹

Doch die klimapolitischen Interessen der Bundesregierung sind mit den landespolitischen Interessen aus Brandenburg und Sachsen nicht auf einer Linie. So äußerte sich Brandenburgs Ministerpräsident Dietmar Woidke erleichtert über das Scheitern der Klimaschutzpläne.²² Und wenn er sich unter den Bergleuten in Rage redet, fallen Sätze wie diese: „Für eine gute Nachricht auf einer Konferenz irgendwo in Afrika hier bei uns 100.000 Arbeitsplätze zu riskieren – das darf nie wieder passieren.“²³ Da interessiert auch nicht, dass der Wahrheitsgehalt von Woidkes Wutrede gegen null tendiert.

Brandenburgs Wirtschaftsminister Albrecht Gerber sagte der Berliner Zeitung: „Der entscheidende Unterschied von Vattenfall zu EPH ist, dass die Tschechen dieses Geschäft wirklich betreiben wollen [...] Sie sind überzeugt, dass die Energiewende in Deutschland länger dauert, als sich viele das ausmalen. Und dass die Braunkohle so lange wettbewerbsfähig ist.“ Genauso klingt es auch beim tschechischen Pressesprecher.²⁴

Weshalb sich die Frage stellt, wie eng die Verflechtung zwischen den tschechischen Finanzoligarchen und der Landespolitik in Brandenburg ist?

Verstrickung des Brandenburger Wirtschaftsministeriums

Greenpeace stellte am 15. August eine Anfrage an das Wirtschaftsministerium nach dem Brandenburger Akteneinsichts- und Informationszugangsgesetz (AIG) und dem Brandenburger Umweltinformationsgesetz (BbgUIG). Gefragt wurde nach einer detaillierten Liste aller Gespräche des MWE und nach „sämtlichen Unterlagen und Entscheidungsergebnissen der Gespräche mit dem Verkäufer sowie mit den potenziellen Investoren bzw. ihren Vertretern.“

Das Brandenburger Wirtschaftsministerium teilte mit, dass „solche Unterlagen nicht vorliegen“. Es übergab jedoch im Anschluss eine Liste mit 35 Terminen in der Zeit vom 27.11.2014 bis 26.09.2016. Greenpeace hatte Zweifel an der Vollständigkeit der Auskunft:

- In dem mehrjährigen Verkaufsprozess von Vattenfalls Braunkohlesparte ging es um essenzielle Belange der Brandenburger Wirtschaft. Der Prozess genoss höchste Priorität in der Brandenburger Landesregierung. Wirtschaftsminister Gerber betonte, in dem Prozess mitreden zu wollen und „die Interessen in Bezug auf die weitere Entwicklung in

der Lausitz einzubringen“. Es widerspricht der allgemeinen Lebenserfahrung und der politischen Relevanz, vor allem aber den amtlichen Gepflogenheiten und den allgemeinen Grundsätzen des Verwaltungshandelns, dass bei solch wichtigen Unterredungen weder Notizen noch Vermerke zu den Gesprächsinhalten und Positionen der Gesprächspartner angefertigt wurden. Es ist amtsüblich, Akten zu führen, aus denen sowohl der Stand als auch die Entwicklung der Bearbeitung eines Vorgangs jederzeit nachvollziehbar hervorgeht. Es ist im Rahmen einer transparenten Amtsführung unverzichtbar, den Vorgang aktenkundig und überprüfbar festzuhalten.

Entweder wurden Greenpeace – aus welchen Gründen auch immer – Unterlagen widerrechtlich vorenthalten, oder das Wirtschaftsministerium verstößt gegen wichtige Regeln einer ordentlichen Amtsführung. Erst das Einschalten des zuständigen Datenschutzbeauftragten und die Anrufung des Verwaltungsgerichts bewegten die Behörde zum Einlenken. Ein Neuantrag zu „sämtlichen inhaltlich relevanten“ Unterlagen brachte dann Folgendes zum Vorschein: Das Fachreferat führt entgegen den anfänglichen Behauptungen für den Vorgang „Verkauf Braunkohlesparte – Vattenfall“ unter dem Aktenzeichen 650-21 drei Ordner – Band 1 mit Unterlagen zu den Gesprächen mit Interessenten (Bietern), Band 2 mit Unterlagen zu den Gesprächen mit Beratungsunternehmen und Band 3 zu Gesprächen mit Vattenfall.

Will das Ministerium etwas vertuschen? Gab es Mauscheleien oder gezielte Indiskretionen im Rahmen des Verkaufsprozesses?

Nach über vier Monaten konnte Greenpeace in Potsdam die vorsorglich gewissten Unterlagen zu den im Ministerium geführten Gesprächen sichten. Nach einigem Hickhack über das Ablichten der zur Einsicht bereit gestellten Dokumente und Rechtsbelehrungen ging es los.

Die Einsicht in Gesprächsprotokolle des Brandenburger Wirtschaftsministeriums, dessen Existenz gegenüber Greenpeace zunächst geleugnet wurde, zeigen die engen Verbindungen zwischen den tschechischen Finanzspekulanten und des Brandenburger Wirtschaftsministeriums auf. Bereits im März 2014 gab es ein bislang unbekanntes Treffen zwischen den strategischen Beratern der Tschechen „Goetzpartners“ und dem federführenden Referat 33 des Brandenburger Wirtschaftsministeriums. Der frühe Zeitpunkt des Treffens im März 2014 ist auch deshalb bemerkenswert, weil zu diesem Zeitpunkt keinerlei offiziellen Verkaufsabsichten von Vattenfall bekannt waren. Auch gab es wiederholt Treffen mit der EPH und es wurde sogar ein gemeinsamer Workshop zur Zukunft der Braunkohle durchgeführt. Die begleitenden Gespräche zwischen dem Käufer EPH und dem Brandenburger Wirtschaftsministerium fingen somit deutlich früher an und wurden wesentlich intensiver geführt, als bisher bekannt.

Daneben findet sich in den Akten eine hausinterne Verfügung des Landesamtes für Bergbau vom November 2014 zum Verkaufsprozess. Darin heißt es: „Die Glaubhaftmachung der finanziellen Leistungsfähigkeit erfordert die Darlegung, in welchem Umfang Eigenmittel, Kredite oder Zuschüsse der öffentlichen Hand zur Verfügung stehen und dass Mittel auch für die Wiedernutzbarmachung der Oberfläche verfügbar sind. ... Nicht

ausreichend ist Vorlage eines Handelsregisterauszuges mit der Angabe des Grund- und Stammkapitals einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung, da dies nichts darüber besagt, ob die Mittel zu einem späteren Zeitpunkt zur Verfügung stehen.“ Dies entspricht auch der rechtlichen Einschätzung von Greenpeace, die im Schwarzbuch von September 2016 veröffentlicht wurde. Doch von der Ausschöpfung seiner rechtlichen Möglichkeiten hat das Ministerium entgegen der Einschätzung des eigenen Landesamtes für Bergbau abgesehen.

Und dies, obwohl die Brisanz des Themas Sicherheitsleistungen für Rückstellungen Wirtschaftsminister Gerber sehr wohl bewusst ist. So gibt es einen handschriftlichen Aktenvermerk in grüner Schrift in den Unterlagen des MWE vom 20.5.2016 in dem es heißt: „Thema Rückstellungen/Rekultivierung sehr sorgfältig bearbeiten“.

Klimapolitische Herausforderungen und Folgekosten für Rekultivierung

Klimaschutzplan

Das auf der Weltklimakonferenz in Paris beschlossene Übereinkommen ist im November 2016 in Kraft getreten und nimmt alle Länder gemeinsam in die Pflicht. Mit dem Klimaabkommen bekennt sich die Weltgemeinschaft völkerrechtlich verbindlich zu dem Ziel, die Erderwärmung auf deutlich unter 2 Grad gegenüber vorindustriellen Werten zu begrenzen, nach Möglichkeit sogar auf 1,5 Grad. Davon leitet die Bundesregierung ihre Klimaschutzpolitischen Grundsätze und Ziele ab.

Ab Mitte 2015 entwickelten Bundesländer, Kommunen, Verbände sowie Bürgerinnen und Bürger über ein Jahr lang gemeinsam Vorschläge für strategische, bis 2030 wirkende Klimaschutzmaßnahmen, darunter auch ein umfangreicher Katalog mit 97 konkreten Maßnahmen. Die Bundesregierung hat auf Basis dieser Vorschläge und wissenschaftlicher Studien den Klimaschutzplan 2050 entwickelt, der vom Bundeskabinett im November 2016 beschlossen wurde.

Der Klimaschutzplan orientiert sich an dem internationalen Übereinkommen zum Klimaschutz von Paris und nennt Minimalziele für jedes einzelne Handlungsfeld einschließlich strategischer Maßnahmen und Prinzipien zur Ambitionssteigerung. Kernelemente sind ein Langfristziel mit Orientierung am Leitbild der weitgehenden Treibhausgasneutralität für Deutschland bis Mitte des Jahrhunderts sowie Meilensteine und Ziele als Rahmen für alle Sektoren bis 2030.

Für die Energiewirtschaft sieht der Plan eine Reduzierung von heute 358 Millionen Tonnen jährlicher CO₂-Emissionen auf

einen maximalen Emissionskorridor von 175–183 Millionen Tonnen im Jahr 2030 vor. Das entspricht in etwa einer Halbierung der Emissionen in den kommenden 13 Jahren.²⁵ Trotz heftigen Streits in den Ministerien um den Klimaschutzplan hat sich dieses Ziel für die Energiewirtschaft zwischen der ersten Entwurfsfassung vom April 2016 bis zur Verabschiedung nicht wesentlich geändert. Übersetzt man das angestrebte Ziel in politische Maßnahmen, so ist ein Kohleausstieg unumgänglich.

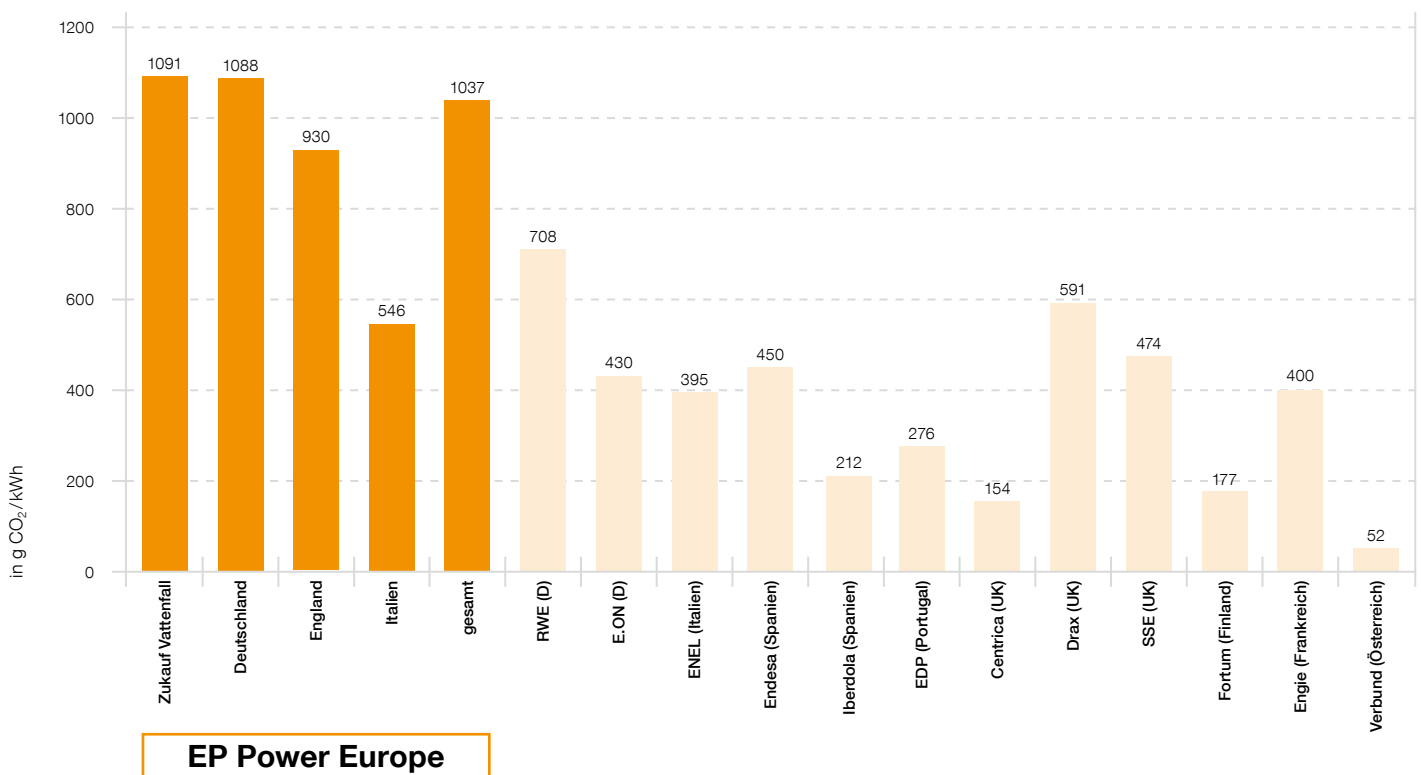
LEAG ist klimaschädlichster Stromversorger Europas

Die neue LEAG und ihre tschechischen Finanziere haben bei diesen klimapolitischen Vorgaben die denkbar schlechtesten Karten. Die EP Power Europe (EPPE), die Muttergesellschaft der

LEAG, ist Europas klimaschädlichster Energiekonzern. Kein Energiekonzern in Europa betreibt eine so CO₂-intensive Energieerzeugung wie die EPPE.

In Italien mit 546 g CO₂/kWh, in England mit 930 g CO₂/kWh und vor allen in Deutschland mit 1091 g CO₂/kWh weist EPPE jeweils die höchsten und damit schlechtesten Werte in der Klimabilanz der Stromerzeugung auf. Einschließlich der von Vattenfall erworbenen Kraftwerke ergeben sich für das Jahr 2015 CO₂-Emissionen von insgesamt 74,5 Millionen Tonnen. Der EPPE Kraftwerkspark gleicht einem Schrottplatz von abgeschriebenen Kohlemeilern, der in der eigenen Unternehmensbilanz völlig überbewertet wird. Doch der Konzern hat scheinbar die Absicht, die Kraftwerke bis zum Auseinanderfallen zu betreiben.

CO₂-Intensität von Energieunternehmen



Quelle: eigene Zusammenstellung nach EPH Sustainability Report 2015; Morgan Stanley Research, European Utilities, 16. Februar 2016

Rat von Klimawissenschaftlern abgelehnt

Es ist eine Ironie der Geschichte. Gerade Brandenburgs Landeshauptstadt Potsdam gilt als internationaler Hotspot der Klimaforschung. Doch Brandenburgs Landesregierung sucht zum Thema der dreckigen Braunkohle keinen Rat beim international renommierten Klimaexperten Hans Joachim Schellnhuber, dem Gründungsdirektor und Chef des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung (PIK). „Ich habe auch der Landesregierung angeboten, sie zu beraten. Das ist bisher ignoriert worden“, sagte Schellnhuber.²⁶

CCS – substanzlose, aufgebauschte Zukunftsversprechen

„Das bis zum Jahr 2050 geplante Zukunftskonzept umfasst die Erschließung von weiteren Tagebaugebieten, um die vorhandenen Kraftwerksstandorte in der Region langfristig zu beliefern“, so heißt es im Konzernlagebericht von Vattenfall. Im angeblichen „Zukunftskonzept 2050“ der heutigen LEAG bleibt jedoch völlig offen, wie eine zukünftige Nutzung

aussehen könnte. In früheren Lageberichten war das Zukunftskonzept an den Neubau eines Kraftwerkes mit Technik zum Abscheiden und Speichern von CO₂ (Carbon Capture and Storage – CCS) gekoppelt gewesen. So konnte der Widerspruch zwischen den klimapolitischen Herausforderungen und dem weiteren Braunkohleabbau zumindest auf dem Papier aufgelöst werden. Heute, da die CO₂-Abscheidung als wirtschaftlich viel zu teuer und die CO₂-Verpressung mit ihren unvorhersehbaren Risiken und juristischen Hürden als politisch nicht durchsetzbar gilt, ist die Passage zur CCS-Technik aus dem Konzernlagebericht herausgestrichen worden. So bleibt das Konzept ein Potemkinsches Dorf, das eine langfristige Zukunftsoption für eine etwas klimaverträglichere Art der Verstromung der Braunkohle vorspiegelt, die tatsächliche Perspektivlosigkeit aber zu vertuschen versucht. Die tschechische EPH weiß aus solchen aufgebauchten Scheinprojekten auch noch Profit zu schlagen. Schon mit dem „Zukunftskraftwerk“ Profen wollte die EPH in Mitteldeutschland punkten. Seit 2006 plante die Mitteldeutsche Braunkohlengesellschaft (MIBRAG) am Standort Profen den Bau eines neuen Braunkohlekraftwerks mit einer elektrischen Leistung von 660 Megawatt. Der Baubeginn war für 2015, die Inbetriebnahme für 2019/20 geplant.

Unter den damaligen tschechischen Eignern der MIBRAG, der staatlichen ČEZ und der privaten EPH, spielten die Planungsunterlagen des CCS-Kohlekraftwerks in Profen eine obskure Rolle. ČEZ sicherte sich nach eigenen Angaben im Juli 2009 sogar das ausschließliche Recht, ein Kohlekraftwerk in Profen zu bauen. Vladimír Schmalz war damals der für Fusionen und Übernahmen verantwortliche Direktor der ČEZ und im Aufsichtsrat der MIBRAG. Er rechtfertigte sich nach einem kritischen Artikel in einem Leserbrief an die Redaktion der tschechischen Wirtschaftszeitschrift Hospodářské Noviny (HN) im April 2010: „Ich bin sehr verwirrt, wenn Sie das Geschäft um das Kohlekraftprojekt Profen als unvorteilhaft darstellen [...] Teil der Vereinbarung ist auch eine 100 Prozent Geld-zurück-Garantie, wenn das Projekt nicht umgesetzt wird. Im Gegenteil, die Vorteile nach Fertigstellung des Projektes werden nur aufseiten der ČEZ liegen. Profen wird als eines der besten Braunkohlekraftwerksprojekte in Europa bewertet.“²⁷

Tatsache aber ist: Die staatliche ČEZ verkaufte letztendlich die gesamten MIBRAG-Anteile noch weit unter dem Einstandspreis.²⁸ Die ČEZ hatte im Jahr 2009 für ihren Anteil 206 Millionen Euro bezahlt, nur zwei Jahre später, verkaufte sie ihren Anteil wieder für nur 130 Millionen Euro an die private EPH, also für 76 Millionen Euro weniger. Als Grund wurde eine strategische Neuausrichtung der ČEZ angegeben, in der das einst hochgejubelte Kraftwerksneubauprojekt in Profen keine Rolle mehr spielte. Etwas zeitversetzt nach dem Deal wechselten führende Mitarbeiter von der staatlichen ČEZ zu dem von den Finanzoligarchen geführten privaten Energieinvestor EPH. Das jahrelang als High-Tech der Zukunft gepriesene Projekt in Profen wurde dann endgültig im April 2015 von der MIBRAG beendet.

Bergbaufolgelasten

Die Auskohlung der Tagebaue ist mit erheblichen Eingriffen in Landschaft, Wasserhaushalt und Siedlungsstrukturen verbunden. Um die vom Braunkohletagebau beanspruchten Gebiete wieder nutzbar zu machen, fallen über einen Zeitraum von mehreren Jahrzehnten Kosten in Milliardenhöhe an.

Im Jahresabschlussbericht der Vattenfall Europe Mining AG 2015 wird unter dem Punkt „Rechtliche Risiken und politisches Umfeld“ erstmalig der Verzicht auf den Neuaufschluss der Tagebaue Welzow-Süd TA II und Nochten II in Erwägung gezogen. Überraschend dabei ist, dass eine finanzielle Abschätzung der Kosten nicht vorliegt und laut Angaben derzeit nicht möglich scheint. So heißt es: „Bei Verzicht auf den Abbau des räumlichen Teilabschnittes (TA) II im Tagebau Welzow-Süd ergibt sich ein Massendefizit, für dessen Kompensation kein Erdreich zur Verfügung steht, um die im genehmigten Braunkohlenplan festgelegte Bergbaufolgelandschaft herzustellen. [...] Eine finanzielle Abschätzung dieses Risikos ist jedoch derzeit nicht möglich.“

Das daraus für den Betreiber erwachsende Problem sind ungeheure Kosten infolge von Erdbewegungen ohne dass diese durch der Verkauf von Rohstoffen gegenfinanziert werden können. Das sieht auch Brandenburgs Ministerpräsident Dietmar Woidke so. Er erklärt dazu, das größte Risiko für Sanierung und Rekultivierung sei „ein schneller Ausstieg aus der Braunkohle“.²⁹ Woidke setzt damit auf ein **absurdes Schneeballsystem**: Um die Bergbauschäden zu beheben, sollen mit neuen Tagebauen erst noch größere Schäden angerichtet werden. Doch so werden die anstehenden Probleme vergrößert und noch weiter in die Zukunft verlagert.

Bergbaufolgeschäden: Zerstörte Umwelt – verseuchte Böden

Das Bundesberggesetz (BBergG) und die verschiedenen Betriebspläne schreiben konkrete Maßnahmen zur Wiedernutzbarmachung der Bergbauflächen und zur Nachsorge vor. Ihre Durchführung liegt in der Verantwortung des Betreibers. Sie umfassen übergeordnete Aufgaben, die sich über Zeiträume von Jahrzehnten noch **nach** der Ausbeutung der Tagebaue erstrecken können:

- Sicherung von Tagebaurestlöchern und ihren Böschungen zur Herstellung der geotechnischen und öffentlichen Sicherheit.
- Demontage/Verschrottung von Geräten, einschließlich des Rückbaus sämtlicher nicht mehr benötigter Industrieanlagen und Ausrüstungen.
- Sanierung von Altlastverdachtsflächen und die Sicherung sowie Beseitigung von ökologischen Altlasten.
- Herstellung eines sich weitestgehend selbst regulierenden Wasserhaushaltes. Hierzu gehören Maßnahmen zum Ausgleich des Grundwasserdefizits oder die Flutung von Tagebaurestlöchern.
- Gewährleistung einer ordnungsgemäßen Wasserqualität.
- Wiedernutzbarmachung der in Anspruch genommenen Flächen durch die Freigabe zur forst- oder landwirtschaftlichen Nutzung.
- Schaffung von Voraussetzungen für eine in der Regionalplanung festgeschriebene Folgenutzung.

Im Rahmen der Wiedernutzbarmachung zeichnen sich für den neuen Betreiber LEAG bereits mehrere kostenintensive Konflikte ab, die er vom Vorbesitzer Vattenfall geerbt hat.

Problem Cottbuser Ostsee: Mit dem Cottbuser See soll einer der größten künstlichen Seen Deutschlands entstehen. Er soll 1900 Hektar des im Dezember 2015 stillgelegten Tagebaues Cottbus-Nord umfassen. Laut Antragsunterlagen hofft der Bergbaubetreiber, dass die Werte für das Schwefelsalz Sulfat 600 mg/l nicht übersteigen werden. Der Grenzwert für Trinkwasser liegt jedoch bei 250 mg/l. Es besteht die unmittelbare Gefahr, dass der neue Tagebausee die bergbaubedingte Versalzung der Spree mit Sulfat weiter erhöhen wird. Die Grüne Liga fordert von der Landesbehörde, mit Auflagen und Grenzwerten tätig zu werden.³⁰ Anwohner nördlich des Sees sollen künftig unterhalb des Seewasserspiegels leben, dabei droht eine Vernässungen ihrer Grundstücke. Auch das Landesamt für Umwelt Brandenburg (LfU) bezeichnete die Planung als in dieser Form nicht genehmigungsfähig und forderte weitere Untersuchungen, die den geplanten Flutungstermin infrage stellen können. Auf der Anhörung weigerten sich die LEAG-Vertreter, Aussagen zur Sicherheit der Rückstellungen zu treffen. Damit ist unklar, ob die LEAG die Folgeprobleme des stillgelegten Tagebaus über Jahrzehnte finanzieren kann.³¹

Problem braune Spree: Die chemischen Veränderungen des Grundwassers führen zu braunem Ockerschlam in vielen Gewässern. Das sogenannte Eisenocker ist eine Spätfolge des Braunkohlenbergbaus in der Lausitz. Es setzt sich als Schlamm in den Gewässern ab und kann zum Absterben von Tier- und

Pflanzenarten führen. Die eisenhaltigen Grundwasserströme aus den Tagebaukippen gefährden den Spreewald als wichtigstes Natur- und Tourismusgebiet der Region. Unstrittig ist, dass es sich um Bergbaufolgeschäden handelt. Als Verursacher gelten der Altbergbau ohne Rechtsnachfolge in Verantwortung der Länder, der Sanierungsbergbau in Verantwortung des Bundesunternehmens Lausitzer und Mitteldeutsche Bergbau-Verwaltungsgesellschaft mbH (LMBV) sowie die aktiven Tagebaue der Vattenfall Europe Mining bzw. des heutigen Rechtsnachfolgers LEAG. Etwa 300 Millionen Kubikmeter grob behandeltes Grubenwasser werden von der LEAG pro Jahr in die Spree und ihre Zuflüsse eingeleitet. Die LEAG plant zwar naturräumliche Maßnahmen zur Vermeidung einer unzulässig hohen Eisenhydroxid-Konzentration rund um die Gewässer von Drebkau, Siewisch und Leuthen, doch deren Wirkung wäre nicht mehr als ein Tropfen auf den heißen Stein.

Problem Sulfatbelastung im Trinkwasser: Hauptquellen des Sulfats sind sowohl die aktiven Tagebaue von Vattenfall als auch die seit Jahren stillgelegten Tagebaue in Verantwortung der LMBV. Für mehr als 2 Millionen Wasserkunden in Berlin und Frankfurt (Oder) ist auch wegen Vattenfalls/LEAGs Kohlegruben in der Lausitz die Trinkwasserqualität gefährdet. Allein die Frankfurter Wasserbetriebe stellen für mehr als 65.000 Menschen in der Region Trinkwasser bereit. Aufgrund des massiven Braunkohleabbaus sind in den letzten Jahren die Sulfatwerte massiv angestiegen, sodass die Versorgung mit Trinkwasser sich für die Wasserkunden erheblich verteuern wird. Wer in welcher Höhe für die Kosten aufkommt, ist ungeklärt.³²



Brisante Dokumente: Drei Aktenschränke mit Gesprächsunterlagen, deren Existenz vom Brandenburger Wirtschaftsministerium (MWE) zunächst geleugnet wurde.

Das Prinzip Verantwortung

Der Energiekonzern Vattenfall, der Milliarden an der Verstromung der Lausitzer Braunkohle verdiente, hat sich aus dem Staub gemacht. Seine Flucht aus der Verantwortung ist eine Flucht vor den Mondlandschaften der Braunkohle und ihrer dreckigen Hinterlassenschaft. Das Prinzip, als Verursacher für die Folgen seines Tuns zu haften, hat der Konzern an tschechische Finanzoligarchen weitergereicht. Ob jene die Kosten in Milliardenhöhe für den Abriss der Kraftwerke, für die Sanierung der Böden, für die Wiedernutzbarmachung der Bergbaufolgelandschaften und für die Sanierung des Wasserhaushaltes tragen werden, hängt von der Politik ab.

Der Rechtsrahmen für einen Kohleausstieg ist durch zwei weitreichende Entscheidungen in der Energiepolitik gestärkt worden: Zum einen hat das Bundesverfassungsgericht in seinem Urteil vom 6. Dezember 2016 den Atomausstieg als im Grundsatz verfassungsgemäß gebilligt^{33 34} und somit einen Schlusstrich unter die Atomausstiegsdebatte gezogen. Die Richter haben dem Gesetzgeber gerade bei der Reglementierung einer Risikotechnologie einen „besonders weiten Gestaltungsspielraum“ zugebilligt. Der Investor muss unter bestimmten Bedingungen mit einer Rücknahme der Betriebsgenehmigungen rechnen.

Zum anderen hat der Bundestag einen Milliarden-Deal für Atom-Altlasten beschlossen. Er stimmte mit breiter Mehrheit dafür, dass der Staat die finanzielle und organisatorische Verantwortung für die Entsorgung übernimmt. Im Gegenzug sollen die Energiekonzerne etwa 23,4 Milliarden Euro in einen Fonds einzahlen. Die Bundesregierung lässt sich auf einen teuren Ablasshandel mit der Atomindustrie ein. Nach vielen fetten Jahren, in denen die AKW-Betreiber Traumrenditen und Milliardengewinne eingefahren haben, entlässt die Bundesregierung sie jetzt für einen unverschämten niedrigen Preis aus der Haftung für das Hochrisikogeschäft Atom. Die Kommission zur Finanzierung des Kernenergieausstiegs (KFK) hatte zuvor deutlich gemacht, dass die bisherige Praxis der Rückstellungsbildung der Energieversorger für die Finanzierung langfristiger Nachsorgemaßnahmen nicht sicher sei.

Diese beiden Entscheidungen haben für die Umstrukturierung des fossilen Energiesektors Signalwirkung. Denn die Möglichkeit der Betriebsgenehmigungsentziehung, die im Grundsatz für die Atomkraft gilt, gilt selbstverständlich auch für andere Risikotechnologien, so auch für die besonders klimaschädliche Verstromung von Braunkohle. Der frühere Umweltminister und CDU-Politiker Klaus Töpfer nennt die Entscheidung der Karlsruher Richter bahnbrechend: „Das Urteil öffnet jedenfalls den Raum für eine ethische Abwägung, die lauten muss: Wenn eine Technik vorhanden ist, die geringere Risiken hat als eine andere jetzt genutzte Technik, wäre es ethisch nicht verantwortbar, die riskantere Technik weiter einzusetzen.“³⁵ Das Bundesverfassungsgericht hebt das „Prinzip der Sozialpflichtigkeit des Eigentums“ hervor, demzufolge niemand dafür entschädigt werden muss, dass etwas unterlassen wird, was die Allgemeinheit geschädigt hätte.

Auch die bittere Lehre, dass die Gesellschaft einen Teil der Folgekosten der Atomenergie tragen muss, da eine bilanzielle Absicherung nicht sicher genug ist, gilt analog für die Folgekosten durch Schäden aus der Braunkohleverstromung. Die Finanzierung der

Folgekosten ist beim Braunkohletagebau genau wie bei der Atomenergie über unternehmensinterne Rückstellungen geregelt. Die Braunkohle wird unter dem Druck der Energiewende mit sinkenden Strompreisen und den Herausforderungen der Klimapolitik keine Gewinne mehr abwerfen. Spätestens seit der Pariser Klimakonferenz ist klar: Braunkohlekraftwerke müssen in den nächsten 10 bis 15 Jahren vom Netz gehen. Sonst droht ein Fiasko.

Mit dem Kauf des Braunkohlegeschäfts ziehen jetzt tschechische Finanzoligarchen in der Lausitz die Fäden. Der tschechischen Energieholding EPH und der internationalen Finanz- und Investmentgruppe PPF wurde die volle Verantwortung für den Betrieb der Kraftwerke und die langfristige Nachsorge und Rekultivierung der Braunkohletagebaue übertragen.

Die Landespolitiker in Brandenburg und Sachsen sind in der Pflicht. Sie müssen dafür sorgen, dass die Konzerne nicht die Folgekosten der Braunkohle auf die Gesellschaft abwälzen – auch und gerade im Falle einer Insolvenz. Gleichzeitig müssen sie den politischen Gestaltungsspielraum nutzen, um den notwendigen Strukturwandel im Einklang mit den klimapolitischen Herausforderungen, die sich aus der Unterzeichnung des Pariser Klimaabkommens ergeben, umzusetzen.

Sich in dieser Situation auf Versprechen von wilden Spekulanten einzulassen, die entgegen aller Prognosen auf ein Scheitern der deutschen Energiewende wetten, ist fahrlässig, naiv und unverantwortlich. Mit dem Verzicht auf Sicherheitsleistungen zur Beseitigung von Bergbauschäden erwachsen dem Steuerzahler Risiken in Milliardenhöhe. Unverbindliche Versprechungen der Tschechen sind wertlos. Wenn ihre gewagte Strategie scheitert, stehen die Landesregierungen mit leeren Händen da.

Greenpeace kritisiert das schwere Versäumnis der Ministerpräsidenten Stanislaw Tillich (CDU) in Sachsen und Dietmar Woidke (SPD) in Brandenburg, bei der Übernahme von Vattenfalls Braunkohlesparte auf Sicherheitsleistungen vom tschechischen Investoren verzichtet zu haben. Dies kann Milliardenlöcher in die öffentlichen Haushalte reißen.

Greenpeace fordert eine gesetzliche Initiative für einen sozialverträglichen Kohleausstieg bis spätestens zum Jahr 2030. Die Debatte über den Braunkohleausstieg lässt sich nicht länger unterdrücken. Die Lausitz braucht eine Perspektive jenseits der Braunkohle.

Zukunft lässt sich nicht aufhalten, sie lässt sich aber sehr wohl gestalten.

Name	Bereich	Information	V.-Datum
Vattenfall Europe Mining Aktiengesellschaft Cottbus	Gesellschafts- bekanntmachungen	Bekanntmachung zu Mitteilungen gemäß § 20 Abs. 6 AktG	18.10.2016

Vattenfall Europe Mining AG

Cottbus

Bekanntmachung zu Mitteilungen gemäß § 20 Abs. 6 AktG

Die Lusatia Energie Verwaltungs GmbH, nunmehr firmierend unter Lausitz Energie Verwaltungs GmbH, hat uns mitgeteilt, dass ihr sowohl unmittelbar mehr als der vierte Teil der Aktien der Vattenfall Europe Mining AG (nachfolgend „Gesellschaft“) (Mitteilung gemäß § 20 Abs. 1 und 3 AktG) als auch unmittelbar eine Mehrheitsbeteiligung i. S. d. § 16 Abs. 1 AktG an der Gesellschaft (Mitteilung gemäß § 20 Abs. 4 AktG) gehören.

Die CARBURO NOSTRA a.s. hat uns mitgeteilt, dass ihr mittelbar sowohl mehr als der vierte Teil der Aktien der Gesellschaft (Mitteilung gem. § 20 Abs. 1 AktG) als auch eine Mehrheitsbeteiligung im Sinne von § 16 Abs. 1 AktG an der Gesellschaft (Mitteilung gemäß § 20 Abs. 4 AktG) gehören.

Die nachstehenden Unternehmen und Personen haben uns mitgeteilt, dass ihnen mittelbar mehr als der vierte Teil der Aktien der Gesellschaft (Mitteilung gemäß § 20 Abs. 1 AktG) gehört:

- PLACER CIERTA a.s.,
- EP Power Europe, a.s.,
- Energetický a průmyslový holding,
a.s.,
- GEMCOL LIMITED,
- PPF Investments Ltd,
- Tomáš Brzobohatý.

Cottbus, 05. Oktober 2016

Vattenfall Europe Mining AG

Der Vorstand

ANHANG

„Bei Verzicht auf den Abbau des räumlichen Teilabschnittes (TA) II im Tagebau Welzow-Süd ergibt sich ein Massendefizit, für dessen Kompensation kein Erdreich zur Verfügung steht, um die im genehmigten Braunkohlenplan festgelegte Bergbaufolgelandschaft herzustellen. Über die künftige Bergbaufolgelandschaft wäre raumordnerisch in einem noch zu führenden Planverfahren zu entscheiden. Dies wäre anschließend in den Betriebsplanzulassungsverfahren zu beachten. Im Ergebnis dieser Betriebsplanzulassungsverfahren kann es zu höheren Ausgaben kommen. Eine finanzielle Abschätzung dieses Risikos ist jedoch derzeit nicht möglich. Zusätzlich dazu besteht im Zusammenhang mit einer möglichen Nichtinanspruchnahme des Teilabschnittes II des Tagebaus Welzow-Süd und des Abbaugebietes II des Tagebaus Nochten ein Risiko im Hinblick auf Forderungen der betroffenen Gemeinden und Kommunen und einzelner Bürger.“

Quelle: Jahresabschluss zum Geschäftsjahr vom 1.1.2015 bis zum 31.12.2015: Vattenfall Europe Mining AG 2016

„Die Veränderung der langfristigen Fremdmittel ist auf die Erhöhung des Bestands an bergbaubedingten Rückstellungen zurückzuführen. Hauptsächlich betrifft dies die Rückstellungen für Restraumgestaltung, für die Deckelabdichtung von Deponien und die Herrichtung der Rückstandsdeponien sowie für den Rückbau technischer Anlagen. Unter anteiliger Einrechnung des Sonderpostens für steuerpflichtige Zuschüsse in Höhe von 70 Prozent ergibt sich im Vergleich zum Vorjahr eine um sechs Prozentpunkte niedrigere wirtschaftliche Eigenkapitalquote von 31 Prozent. Der Anteil der langfristigen Fremdmittel ist von 56 Prozent auf 65 Prozent angestiegen. Auf der Passivseite stellen die bergbaubedingten Rückstellungen mit 1.482,5 Millionen Euro (2015: 1.415,7 Millionen Euro) den bedeutendsten Posten des langfristigen Fremdkapitals dar.“

Quelle: Jahresabschluss zum Geschäftsjahr vom 1.1.2015 bis zum 31.12.2016: Vattenfall Europe Mining AG 2016

Endnoten

- 1 Bundesanzeiger: Vattenfall-Mitteilung vom 7.10.2016, veröffentlicht am 18.10.2016
- 2 Peter Kellner https://de.wikipedia.org/wiki/Petr_Kellner
- 3 Zypern Corporate-Registry:
GEMCOL Limited <https://i-cyprus.com/company/501328>
- 4 Tschechien Firmenregister: Carbuo Nostra a.s. (ICO: 28621417)
<http://obchodni-rejstrik.podnikani.cz/28621417/carbuo-nostra-as/>
- 5 České „offshore“ přístavy? Anonymní firmy mají v tuzemsku své oblíbené adresy <http://www.cninp.cz/?p=1807>
- 6 Klarheit über Unternehmensstruktur von LEAG und Patronatserklärung zur Absicherung von Reaktivierungspflichten vom 8.12.2016 <http://www.gruene-fraktion-brandenburg.de/presse/pressemitteilungen/2016/klarheit-ueber-unternehmensstruktur-der-leag/>
- 7 PNN, 10.12.2016 <http://www.pnn.de/brandenburg-berlin/1138977/>
- 8 Holding-Gesellschaft unter Lausitzer Geschäftsführung, Cottbus 21.12.2016, <https://www.leag.de/de/news/details/holding-gesellschaft-unter-lausitzer-geschaefsfuehrung/>
- 9 Komplizierte Strukturen für die Lausitzer Braunkohle <http://www.stefanschroeter.com/1265-komplizierte-strukturen-fuer-die-lausitzer-braunkohle.html>
- 10 Geschäftsberichte von Vattenfall (heute LEAG) für das Jahr 2015 und das erste Halbjahr 2016, abgerufen beim Bundesanzeiger <https://www.bundesanzeiger.de>
- 11 Frontal 21, Sendung vom 9. September 2016, Milliardenloch Braunkohle?
Neue Risiken für den Steuerzahler <https://www.zdf.de/politik/frontal-21/themen-der-sendung-vom-6-september-2016-100.html>
- 12 Cum-Ex-Geschäfte, Kanzlei Freshfields tief in Steuerskandal verstrickt <http://www.spiegel.de/wirtschaft/freshfields-ist-tief-in-zweifelhafte-cum-ex-geschaefte-verstrickt-a-1121937.html>
- 13 Freshfields berät Vattenfall bei Neuordnung der Energieerzeugung in Deutschland http://www.freshfields.com/de/deals/Vattenfall_Lignite_EPH/?Languegeld=1031
- 14 Germanische Sagengestalt Odin (Wikipedia) <https://de.wikipedia.org/wiki/Odin>
- 15 Vattenfall, Presseerklärung vom 18.4.2016, Vattenfall vor dem Verkauf der Braunkohlesparte <https://corporate.vattenfall.de/newsroom/pressemitteilungen/2016/vattenfall-vor-dem-verkauf-der-braunkohlesparte/>
- 16 Freshfields Bruckhaus Deringer, Schreiben vom 6. Juni 2016 (Draft) (14 Seiten plus Anhänge Text im Wortlaut: „On 22 September 2015 Vattenfall AB (Vattenfall) publicly announced its intention to divest its German lignite activities and (optionally) its Eastern German hydro activities (the Target) via an international, open, transparent and nondiscriminatory tender process (the Announcement).“
„The Complainant alleges that Vattenfall entered into negotiations concerning the Transaction with a few potential bidders as early as 2014. [...] According to the Complainant the short time granted to interested parties to provide relevant information and the lack of transparency as to what information was required from bidders and which criteria would be used to assess bids (this is further addressed below) provide further evidence that the tender process conducted by Vattenfall was a sham („Scheinbieter-Prozess“) and was never truly competitive.“
„Above all, the Complainant bases its allegations solely on speculation and a misinterpretation of certain press articles, without a reliable factual basis. As such, any claims that Vattenfall started negotiations with some bidders prior to the Announcement are simply false.“
- 17 Antwort des Ministerium für Wirtschaft und Energie des Landes Brandenburg vom 10. Oktober 2016 auf Anfrage von Greenpeace.
- 18 Jede Menge Kohle, Manager-Magazin, Januar 2016
- 19 Stellungnahme: „EPH wird seiner Verantwortung gerecht werden“ <http://www.mdr.de/sachsen/bautzen/reaktion-eph-auf-greenpeace-vorwurfe-100.html>
- 20 EPH in Erklärungsnot, eine PR-Agentur soll's richten <https://blog.greenpeace.de/artikel/frag-nach-bei-eph-viele-fragen-blumige-antworten>
- 21 Tagesschau, Auf der Jagd nach Kohle <https://www.tagesschau.de/ausland/vattenfall-braunkohle-105.html>
- 22 Berliner Zeitung 9.11.2016 <http://www.berliner-zeitung.de/25065882>
- 23 Die Welt 15.12.2016 <https://www.welt.de/wirtschaft/energie/article160313403/Die-Lausitz-verweigert-sich-dem-nahenden-Untergang.html>
- 24 Berliner Zeitung 26.9.16 <http://www.berliner-zeitung.de/berlin/gerber-laengerfristiger-braunkohle-tagebau-in-der-lausitz-24806000>
- 25 BMUB, Klimaschutzplan 2050 http://www.bmub.bund.de/fileadmin/Daten_BMU/Download_PDF/Klimaschutz/klimaschutzplan_2050_bf.pdf
- 26 PNN 22.11.2016 Funkstille zwischen Woidke und Schellnhuber, Thorsten Metzner und Alexander Fröhlich <http://www.pnn.de/brandenburg-berlin/1133244/>
- 27 HN, Dopisy a e-mailly 8.4.2010, <http://archiv.ihned.cz/c1-42309230-dopisy-a-e-mailly>
- 28 Ceska pozice ČEZ prodal Mibrag pod cenou 9. September 2011 http://ceskapozice.lidovsky.cz/cez-prodal-mibrag-pod-cenou-ddz-/tema.aspx?c=A110905_102800_po-zice_34721
- 29 Lausitzer Rundschau, 9.September 2016, Lausitz ist noch nicht gut unterwegs
Interview mit Brandenburgs Ministerpräsident Dietmar Woidke <http://www.lr-online.de/nachrichten/brandenburg/Lausitz-ist-noch-nicht-gut-unterwegs;art310462,5596377>
- 30 Grüne Liga <http://www.grueneliga.de/newsreader/items/pressemitteilung-cottbusser-ostsee.html?month=201611>
- 31 <http://www.kein-tagebau.de/index.php/de/aktuell/286-landesbehoerde-bezeichnet-leags-geplanten-tagebausee-als-nicht-genehmigungsfaehig>
- 32 Frankfurter Wasserbetrieben dürfen zu Sulfatgesprächen <http://heide-schinowsky.de/umdenken-bei-der-landesregierung-frankfurter-wasserbetriebe-duerfen-nun-doch-zu-sulfatgespraechen/>
- 33 Die Dreizehnte Novelle des Atomgesetzes ist im Wesentlichen mit dem Grundgesetz vereinbar, Pressemitteilung Nr. 88/2016 vom 12. Dezember 2016
<http://www.bundesverfassungsgericht.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2016/bvg16-088.html>
- 34 BVerfG, Urteil des Ersten Senats vom 6. Dezember 2016 – 1 BvR 2821/11 – Rn. (1-407) http://www.bverfg.de/e/rs20161206_1bvr282111.html
- 35 Interview Klaus Töpfer, Süddeutsche Zeitung vom 12. Dezember 2016



August 2014: Über 7500 Menschen aus fast 30 Ländern demonstrieren in der Lausitz mit einer grenzüberschreitenden, acht Kilometer lange Menschenkette gegen weitere Braunkohletagebaue und für eine echte Energiewende.

- ➡ Greenpeace ist eine internationale Umweltorganisation, die mit gewaltfreien Aktionen für den Schutz der Lebensgrundlagen kämpft. Unser Ziel ist es, Umweltzerstörung zu verhindern, Verhaltensweisen zu ändern und Lösungen durchzusetzen. Greenpeace ist überparteilich und völlig unabhängig von Politik, Parteien und Industrie. Rund 580.000 Fördermitglieder in Deutschland spenden an Greenpeace und gewährleisten damit unsere tägliche Arbeit zum Schutz der Umwelt.